

REGIERUNG

Kostspieliger Besuch

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat für eine kurze persönliche Audienz beim Papst Ende März die Flugbereitschaft der Bundeswehr in Anspruch genommen und damit Kosten in Höhe von rund 150 000 Euro verursacht. Wie aus den Fluglisten der Flugbereitschaft hervorgeht, reiste die Ministerin am 29. März, dem Vorabend ihrer persönlichen Unterredung mit Benedikt XVI., mit drei Begleitern in einem Kleinjet der Flugbereitschaft nach Rom. Am 31. März, also am Tag nach der Audienz, holte die Flugbereitschaft Schavan wieder ab und flog sie zum Flughafen Münster/Osnabrück, in dessen Nähe sie am Abend einen Vortrag hielt. Der Aufenthalt Schavans in Rom erstreckte sich damit über drei Tage. Schavan nahm an einer Generalaudienz mit dem Papst teil und hatte im Anschluss daran noch ein kurzes persönliches Gespräch. Hinterher sagte die Ministerin, der Papst freue sich auf Deutschland. An den betreffenden Tagen hätten mehrere Linienverbindungen von Berlin nach Rom zur Verfügung gestanden. Eine Flugstunde der Luftwaffen-Challenger wird mit 17 000 Euro veranschlagt, ein Direktflug nach Rom dauert bei Linienflügen gut zwei Stunden. Bei zwei Hin- und Rückflügen am 29. März und am 31. März ergeben sich also Flugzeiten von knapp neun Stunden. Nach den Richtlinien der Flugbereitschaft sind Minister nur dann berechtigt, auf die Flugbereitschaft zurückzugreifen, „wenn der Zweck der Reise bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder von Kraftfahrzeu-



Papst Benedikt, Schavan

INFO PHOTO/PHOTO SHOT

gen nicht erreicht werden kann oder wenn andere zwingende Amtsgeschäfte ohne Benutzung des Luftfahrzeugs der Flugbereitschaft nicht erledigt werden können“. Schavan rechtfertigt ihre kostspielige Entscheidung damit, dass sie den Empfang des deutschen Botschafters am Vorabend ihres Treffens mit einem Linienflug nicht mit Sicherheit hätte erreichen können. Die Ministerin habe an der deutschen Islamkonferenz in Berlin teilgenommen, die bis mindestens 15 Uhr angesetzt gewesen sei. Schavans Gespräch auf Einladung des deutschen Botschafters beim Vatikan mit Vertretern von Kirche, Bildung, Wissenschaft und Kultur habe daher „aus zeitlichen Gründen“ nur mit Hilfe der Flugbereitschaft erreicht werden können, so ihr Sprecher: Die Rückreise der Ministerin sei „ebenfalls aus zeitlichen Gründen“ mit der Flugbereitschaft erfolgt, „weil die Ministerin im Anschluss einen Vortrag auf dem Fachforum ‚Bildung als Schlüssel zur Wirtschafts- und Standortentwicklung‘ in Nordhorn zu halten hatte“.

JUSTIZ

Schützende Hand

Wegen der Ermittlungen gegen den Gaddafi-Sohn Saif al-Arab hat die Bundesregierung offenbar mehrmals indirekt Einfluss auf die bayerische Landesregierung genommen. Sowohl das Auswärtige Amt (AA) als auch der Bundesnachrichtendienst (BND) hätten signalisiert, dass allzu intensive Nachforschungen diplomatische Probleme nach sich ziehen könnten, heißt es in Berlin. Das AA hatte das Justizministerium in München allein 2010 fünfmal über die deutsch-libyschen Beziehungen unterrichtet und sich dabei jedes Mal nach den Ermittlungen gegen Gaddafi erkundigt. Die bayerische Behörde wurde aufgefordert, dem AA ihrerseits Bericht zu erstatten. Zwischen 2006 und 2010 hatte die Polizei in insgesamt elf Fällen ge-

gen Saif al-Arab ermittelt, unter anderem wegen Waffenhandels, einer Prügelei, Fahrens ohne Führerschein und Beleidigung von Polizisten; er hatte zeitweilig in der bayerischen Landeshauptstadt studiert. Intern sollen sich Polizeibeamte mehrmals darüber beschwert haben, eine Einflussnahme des BND habe ihre Ermittlungen blockiert. Man sei jedes Mal an einem „bestimmten Punkt“ nicht weitergekommen. Das bayerische Innenministerium hatte demgegenüber erklärt, von einer Einmischung des BND sei nichts bekannt. Das AA wollte Saif al-Arab keinen Diplomatenstatus zuerkennen, der ihm Immunität garantiert hätte, hatte aber andererseits Sorge vor einer Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen. Die Bundesregierung fürchtete, dass intensive Ermittlungen in München auch

deutsche Geschäftsleute im Ausland gefährden könnten, ähnlich wie Muammar al-Gaddafi in einem vergleichbaren Streit mit der Schweiz verfahren war. Der BND wollte eine Verschlechterung der nachrichtendienstlichen Beziehungen vermeiden. Gaddafi hatte 2000 nach intensiven Verhandlungen die Freilassung der auf Jolo entführten Göttinger Familie Wallert erreicht. Die bayerischen Ermittlungen waren mehrmals auch Thema in der nachrichtendienstlichen Runde im Kanzleramt. Vor kurzem hat die Nürnberger Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen einen Münchner Oberstaatsanwalt aufgenommen. Ihm wird Strafvereitelung im Amt vorgeworfen, da er die libysche Botschaft in Berlin 2007 vor einer bevorstehenden Wohnungsdurchsuchung beim Gaddafi-Sohn informiert haben soll.



DOUAFI LABRI / REUTERS

Saif al-Arab